

Die Ministerin des Haushalts
S. WILMES

Der Minister der Finanzen
J. VAN OVERTVELDT

Der Minister der Landwirtschaft
D. DUCARME

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2020/30604]

3 APRIL 2019. — Koninklijk besluit tot wijziging van het KB/WIB 92 met betrekking tot de nadere regels en modaliteiten voor het indienen van de in artikel 275⁵, § 4, zevende lid, van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992 bedoelde verklaring. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 3 april 2019 tot wijziging van het KB/WIB 92 met betrekking tot de nadere regels en modaliteiten voor het indienen van de in artikel 275⁵, § 4, zevende lid, van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992 bedoelde verklaring (*Belgisch Staatsblad* van 16 april 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2020/30604]

3 AVRIL 2019. — Arrêté royal modifiant l'AR/CIR 92 en ce qui concerne les règles et modalités d'introduction de l'attestation visée à l'article 275⁵, § 4, alinéa 7, du Code des impôts sur les revenus 1992. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 3 avril 2019 modifiant l'AR/CIR 92 en ce qui concerne les règles et modalités d'introduction de l'attestation visée à l'article 275⁵, § 4, alinéa 7, du Code des impôts sur les revenus 1992 (*Moniteur belge* du 16 avril 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

[C – 2020/30604]

3. APRIL 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung des KE/EstGB 92 hinsichtlich der Regeln und Modalitäten für die Einreichung der in Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Bescheinigung — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 3. April 2019 zur Abänderung des KE/EstGB 92 hinsichtlich der Regeln und Modalitäten für die Einreichung der in Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Bescheinigung.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

3. APRIL 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung des KE/EstGB 92 hinsichtlich der Regeln und Modalitäten für die Einreichung der in Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Bescheinigung

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

durch das Gesetz vom 23. März 2019 zur Abänderung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 in Bezug auf die steuerrechtlichen Bestimmungen über den Jobdeal ist eine Befreiung von der Zahlung eines Teils des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt (Artikel 275⁵ § 4 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 (EstGB 92)) eingeführt worden. Arbeitnehmer in der Binnenschiffahrt, die gemäß der Systemschiffahrtsregelung arbeiten, gelten für die Anwendung von Artikel 275⁵ des EstGB 92 als Arbeitnehmer, die Schichtarbeit verrichten.

Die spezifische Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt muss als staatliche Beihilfe betrachtet werden, die in den Grenzen der allgemeinen De-minimis-Verordnung gewährt wird (Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, nachstehend "Verordnung" genannt). Eine solche Beihilfe kann nur gewährt werden, wenn das Unternehmen, dem die Beihilfe gewährt wird, seinem Antrag auf Beihilfe eine Bescheinigung beifügt, in der es angibt, dass ihm im laufenden Steuerjahr (Besteuerungszeitraum) und in den beiden vorhergehenden Steuerjahren (Besteuerungszeiträumen) zusammengenommen nicht mehr als 200.000 EUR an Beihilfen im Rahmen der De-minimis-Verordnung gewährt worden sind (Artikel 6 Absatz 1 *in fine* der Verordnung und Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des EstGB 92).

Inhalt und Muster der Bescheinigung

Durch diesen Erlass wird zunächst die Befugnis, das Muster der Bescheinigung festzulegen, auf den Minister der Finanzen oder seinen Beauftragten übertragen.

In der Bescheinigung müssen unter anderem neben den Angaben, die erforderlich sind, um das betreffende Unternehmen zu identifizieren, und den Angaben in Bezug auf den Erklärungszeitraum, für den eine Zahlungsbeihilfe beantragt wird, alle Beihilfen vermerkt werden, die dem betreffenden Unternehmen im laufenden Steuerjahr (Besteuerungszeitraum) und in den beiden vorhergehenden Steuerjahren (Besteuerungszeiträumen) gewährt worden sind und in den Anwendungsbereich der De-minimis-Verordnung fallen. Andere Beihilfemaßnahmen, die in den Anwendungsbereich der allgemeinen De-minimis-Verordnung fallen, sind unter anderem die Beihilfe, die der Binnenschiffahrt von "Vlaamse Waterweg" im Rahmen der Maßnahmen "Palletvervoer" und "Nabehandelingstechnieken" gewährt wird, die Beihilfe, die von der Flämischen Region (Vlaio) im Rahmen des KMB-Portfolios (Beihilfe für Ausbildung und Beratung) gewährt wird, die Beihilfe, die von der Wallonischen Region im Rahmen der Sesam-Regelung (Einstellung von Personal) und der Starteo- und Optimeo-Darlehen gewährt wird, und die Beihilfe für

externe Ausbildung, die von der Region Brüssel-Hauptstadt gewährt wird. Nicht nur die De-minimis-Beihilfen, die dem Schuldner des Berufssteuervorabzugs gewährt werden, müssen in die Bescheinigung aufgenommen werden, sondern gegebenenfalls auch die De-minimis-Beihilfen, die den Unternehmen gewährt werden, die Teil derselben Gruppe wie der Schuldner des Berufssteuervorabzugs sind (siehe Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung und Artikel 275⁵ § 4 Absatz 4 *in fine* des EStGB 92).

Gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung gilt als Bewilligungszeitpunkt einer De-minimis-Beihilfe der Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen nach den diesbezüglichen Vorschriften einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe erwirbt, und zwar unabhängig davon, wann die De-minimis-Beihilfe tatsächlich an das Unternehmen ausgezahlt wird. Beihilfen müssen immer als Barzuschuss in Form von Bruttobeträgen ausgedrückt werden; bei Beihilfen, die nicht in Form von Zuschüssen gewährt werden, entspricht der Beihilfebetrug ihrem Bruttosubventionsäquivalent (Artikel 3 Absatz 6 und Artikel 4 der Verordnung).

Die Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs kann für einen bestimmten Erklärungszeitraum nicht gewährt werden, wenn der De-minimis-Höchstbetrag dadurch überschritten werden würde (Artikel 3 Absatz 7 der Verordnung). Außer bei Berichtigungen gilt als Bewilligungszeitpunkt einer Beihilfe in Form einer Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs für die Anwendung der Verordnung der Zeitpunkt, zu dem die zweite Erklärung zum Berufssteuervorabzug (negative Erklärung zum Berufssteuervorabzug) und die De-minimis-Bescheinigung bei der Verwaltung eingereicht werden. Der Betrag der Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs, die in der zweiten Erklärung für einen bestimmten Erklärungszeitraum beantragt wird, muss ebenfalls in der Bescheinigung in Bezug auf diesen Zeitraum vermerkt sein. Auf diese Weise ist der betreffende Schuldner des Berufssteuervorabzugs verpflichtet zu prüfen, ob der De-minimis-Höchstbetrag durch die beantragte Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs nicht überschritten wird.

Einreichung der Bescheinigung

In Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des EStGB 92 ist bestimmt, dass die Bescheinigung zusammen mit der Erklärung zum Berufssteuervorabzug eingereicht werden muss.

Derzeit ist es im FINPROF-System allerdings nicht möglich, der Erklärung zum Berufssteuervorabzug Anlagen beizufügen. In Anbetracht der begrenzten Anzahl Schuldner des Berufssteuervorabzugs, die für die Maßnahme in Betracht kommen, erschien es nicht angebracht, eine solche Anwendung zu entwickeln. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dem FÖD Finanzen eine gesamt Version der ausgefüllten, datierten und unterzeichneten Bescheinigung per E-Mail zuzusenden, und zwar genauer an die auf dem Muster angegebene E-Mail-Adresse. Um die Bearbeitung dieser E-Mails zu erleichtern, muss im Betreff der E-Mail "Bescheinigung Systemschiffahrt" angegeben werden, gefolgt von der Unternehmensnummer des Schuldners des Berufssteuervorabzugs.

Im Hinblick auf die Einhaltung der Bedingung, wonach die Bescheinigung zusammen mit der Erklärung zum Berufssteuervorabzug eingereicht werden muss, muss die Bescheinigung der Verwaltung innerhalb eines begrenzten Zeitraums nach Einreichung der Erklärung zum Berufssteuervorabzug übermittelt werden. Diese Frist wird auf höchstens zwei Werktage nach Einreichung der zweiten Erklärung zum Berufssteuervorabzug, in der die Anwendung der Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs beantragt wird, festgelegt. Für eine am Freitag, dem 12. Juli 2019, eingereichte Erklärung zum Berufssteuervorabzug muss die Bescheinigung der Verwaltung also am Dienstag, dem 16. Juli 2019, per E-Mail zukommen.

Wird die Bescheinigung der Verwaltung nicht rechtzeitig übermittelt, kann die in der zweiten Erklärung zum Berufssteuervorabzug beantragte Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt nicht gewährt werden.

Inkrafttreten

Die Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt ist im Prinzip auf die ab dem 1. Januar 2019 gezahlten oder zuerkannten Entlohnungen anwendbar. Da die Regeln in Bezug auf die Bescheinigung im Prinzip nicht rückwirkend eingeführt werden können, tritt dieser Erlass am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft. Dies hindert Schuldner des Berufssteuervorabzugs nicht daran, mittels berichtigender Erklärungen dennoch eine Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt für die Entlohnungen beantragen zu können, die sie vor Inkrafttreten dieses Erlasses 2019 gezahlt oder zuerkannt haben und für die sie der Staatskasse den Berufssteuervorabzug bereits zugeführt haben. Die Bescheinigung muss der Verwaltung spätestens am zweiten Werktag nach Einreichung der berichtigenden Erklärungen per E-Mail übermittelt werden.

Dieser Erlass hat keine budgetären Auswirkungen über die des Gesetzes hinaus. Er hat keinerlei direkten oder indirekten Einfluss auf die Einnahmen und da für die Einreichung der Bescheinigung keine neue Anwendung entwickelt werden muss, entstehen auch keine neuen Ausgaben.

Soweit, Sire, die Tragweite des Ihnen vorgelegten Erlasses.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen
A. DE CROO

3. APRIL 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung des KE/EStGB 92 hinsichtlich der Regeln und Modalitäten für die Einreichung der in Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Bescheinigung

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Einkommensteuergesetzbuches 1992, des Artikels 275⁵ § 6, eingefügt durch das Gesetz vom 23. März 2019;

Aufgrund des KE/EStGB 92;

In Erwägung der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 18. März 2019, in der festgestellt wird, dass vorliegender Erlass keine budgetären Auswirkungen hat;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, des Artikels 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass:

- durch das Gesetz vom 23. März 2019 zur Abänderung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 in Bezug auf die steuerrechtlichen Bestimmungen über den Jobdeal eine Befreiung von der Zahlung eines Teils des Berufssteuervorabzugs für die Systemschiffahrt eingeführt worden ist,
- diese Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs auf die ab dem 1. Januar 2019 gezahlten oder zuerkannten Entlohnungen anwendbar ist,
- diese Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs nur angewandt werden kann, wenn der Schuldner des Berufssteuervorabzugs gleichzeitig mit seinem Antrag auf Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs eine Bescheinigung in Bezug auf die Einhaltung der Höchstbeträge für Beihilfen wie erwähnt in der allgemeinen De-minimis-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen) einreicht,
- die Regeln und Modalitäten in Bezug auf diese Bescheinigung daher dringend festgelegt werden müssen, damit die betreffenden Unternehmen schnellstmöglich von der Maßnahme profitieren können,
- vorliegender Erlass folglich schnellstmöglich ergehen muss;

Auf Vorschlag des Vizepremierministers und Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In Kapitel 2 Abschnitt 2bis des KE/EstGB 92 wird ein Artikel 95^{4/1} mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 95^{4/1} - § 1 - Das Muster der in Artikel 275⁵ § 4 Absatz 7 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Bescheinigung wird vom Minister der Finanzen oder von seinem Beauftragten festgelegt.

§ 2 - Der Schuldner des Berufssteuervorabzugs, der die Anwendung der in Artikel 275⁵ § 4 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 erwähnten Befreiung von der Zahlung des Berufssteuervorabzugs beantragt, sendet spätestens am zweiten Werktag nach dem Tag, an dem die zweite Erklärung wie in Artikel 95² § 3 erwähnt eingereicht worden ist, eine gescannte Version der in § 1 erwähnten ordnungsgemäß ausgefüllten, datierten und unterzeichneten Bescheinigung per E-Mail an die auf dem in § 1 erwähnten Muster angegebene E-Mail-Adresse. Der Betreff seiner E-Mail lautet “Bescheinigung Systemschiffahrt”, gefolgt von seiner Unternehmensnummer.

Die Verwaltung bestätigt dem Schuldner den Empfang der Bescheinigung mittels Empfangsbestätigung.”

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 3 - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 3. April 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen

A. DE CROO

REGIE DER GEBOUWEN

[C - 2020/30669]

9 APRIL 2020. — Koninklijk besluit tot toekenning van een domeinconcessie op een onroerend goed, eigendom van de Belgische staat en beheerd door de Regie der Gebouwen, aan de VZW « Association de gestion de la Grande Mosquée de Bruxelles »

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Overwegende dat de concessie-overeenkomst van 13 juni 1969 die de Belgische staat verbindt aan de vzw “Islamitisch en cultureel centrum van Brussel” eindigde op 1 april 2019;

Overwegende dat de Belgische staat de Grote Moskee van Brussel opnieuw ter beschikking wenst te stellen van de moslimgemeenschap van België om er gebruik van te maken voor de representatieve, religieuze, en desgewenst de culturele en academische dimensies van de moslimgemeenschap in België;

Overwegende dat de Regie der Gebouwen een bezettingsovereenkomst ter bedde heeft afgesloten met het College van het Executief van de Moslims van België om de continuïteit van de uitoefening van de islamitische eredienst in de Grote Moskee van Brussel ook na 1 april 2019 te garanderen;

Dat de terbeschikkingstelling van de Grote Moskee van Brussel aan de moslimgemeenschap van België gebeurt via een domeinconcessie aan de speciaal daarvoor opgerichte vzw “Association de gestion de la Grande Mosquée de Bruxelles”, die werd opgericht op 6 december 2019 overeenkomstig de aanbevelingen van de Parlementaire Onderzoekscommissie belast met het onderzoeken van de omstandigheden die geleid hebben tot de terroristische aanslagen van 22 maart 2016 in de luchthaven van Brussel Nationaal en in het metrostation Maalbeek in Brussel;

Overwegende dat de toekenning van deze domeinconcessie niet onderworpen is aan de wet van 17 juni 2016 betreffende de concessie-overeenkomsten. Immers, vooreerst wordt een domeinconcessie in het Belgisch administratief recht gedefinieerd als “een voorlopige en herroepbare administratieve overeenkomst waarbij de overheid, op

REGIE DES BATIMENTS

[C - 2020/30669]

9 AVRIL 2020. — Arrêté royal octroyant une concession domaniale sur un bien immobilier, propriété de l'Etat belge et géré par la Régie des Bâtiments, à l'ASBL « Association de gestion de la Grande Mosquée de Bruxelles »

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Considérant que la convention de concession du 13 juin 1969 liant l'Etat belge à l'ASBL « Centre islamique et culturel de Bruxelles » s'est terminée le 1^{er} avril 2019 ;

Considérant que l'Etat belge souhaite remettre la Grande Mosquée de Bruxelles à disposition de la communauté musulmane de Belgique afin de l'utiliser pour les dimensions représentative, culturelle et, si elle souhaite, les dimensions culturelle et académique de la communauté musulmane en Belgique ;

Considérant que la Régie des Bâtiments a conclu une convention d'occupation à titre précaire avec le Collège de l'Exécutif des Musulmans de Belgique afin de garantir la continuité de l'exercice du culte islamique dans la Grande Mosquée de Bruxelles après le 1^{er} avril 2019 ;

Que la mise à disposition de la Grande Mosquée de Bruxelles à la communauté musulmane de Belgique se fait par une concession domaniale à l'ASBL spécialement conçue à cette fin « Association de gestion de la Grande Mosquée de Bruxelles » qui a été constituée le 6 décembre 2019 conformément aux recommandations de la Commission d'enquête parlementaire chargée d'examiner les circonstances qui ont conduit aux attentats terroristes du 22 mars 2016 dans l'aéroport de Bruxelles National et dans la station de métro Maelbeek à Bruxelles ;

Considérant que l'attribution de cette concession domaniale n'est pas assujettie à la loi du 17 juin 2016 relative aux contrats de concession. En effet, une concession domaniale est avant tout définie en droit administratif belge comme “un contrat administratif par lequel l'autorité publique accorde un droit d'occupation du domaine public, à titre